



SPD verhindert steuerliche Entlastung von Arbeitnehmern

SPD verhindert steuerliche Entlastung von Arbeitnehmern
Der Vermittlungsausschuss hat am gestrigen Mittwochabend das Gesetz zum Abbau der kalten Progression erneut vertagt. Hierzu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Meister: "Die Steuerzahler profitieren über Lohnerhöhungen und steigende Renten von einem steten Wirtschaftswachstum. Die Arbeitslosenzahlen sind die niedrigsten seit der Wiedervereinigung und selbst die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist gesunken. Dieser Verdienst darf den Arbeitnehmern nicht wegbesteuert werden. Damit den Steuerzahlern ihr Verdienst in vollem Umfang zu Gute kommt, hat die christlich-liberale Koalition ein Gesetz zum Abbau der kalten Progression beschlossen. Das Gesetz würde einen verheirateten Arbeitnehmer mit zwei Kindern und 35.000 Euro Bruttoarbeitslohn in 2013 um 72 Euro und ab dem Jahr 2014 jährlich um 198 Euro entlasten. Die SPD will den Steuerzahlern diese Entlastung vorenthalten. Das Gesetz zum Abbau der kalten Progression wurde gestern erneut vertagt. Auf die SPD ist kein Verlass. Kanzlerkandidat Steinbrück hat angekündigt, wenigstens den Grundfreibetrag auf das verfassungsmäßig gebotene Niveau anheben zu wollen. Dies würde bei einem verheirateten Arbeitnehmer mit zwei Kindern und 35.000 Euro Bruttoarbeitslohn im Jahr 2013 nur noch zu einer Entlastung von 46 Euro und ab dem Jahr 2014 nur noch zu einer Entlastung von 134 Euro führen. Doch selbst dieses Zugeständnis wurde nicht gemacht." CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/227-52267
Telefax: 030/227-56115
Mail: fraktion@cducsu.de
URL: <http://www.cducsu.de>

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.